

Kurzstudie

**Machtverschiebungen im parlamentarischen
Entscheidungsprozess in der Schweiz
unter besonderer Berücksichtigung
wirtschaftspolitischer Entscheide**

Schlussbericht

Dr. Antoinette Feh Widmer

Bern, 29. Oktober 2014

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	V
1 Einleitung und Fragestellung.....	1
2 Ausgangslage	2
3 Forschungsstand.....	3
4 Methodisches Vorgehen	9
5 Befunde aus der Expertenbefragung.....	10
5.1 Bedeutung der einzelnen Entscheidungsphasen	10
5.2 Der Einfluss von Akteuren auf wirtschaftspolitische Entschei- dungsprozesse.....	11
5.3 Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse auf der Individualebene... 14	14
5.4 Öffentlichkeitsarbeit.....	16
5.5 Beschreibung der Entscheidungsfindung.....	16
5.6 „Big linkers“	17
6 Fazit	20
Dokumente und Literatur.....	22
Anhang: Liste der befragten Personen.....	25

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei
CVP	Christlich-Demokratische Volkspartei
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
EFV	Eidgenössische Finanzverwaltung
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EU	Europäische Union
FDK	Kantonale Finanzdirektorenkonferenz
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei (FDP.Die Liberalen)
GLP	Grünliberale Partei der Schweiz
GPS	Grüne Partei der Schweiz
KdK	Konferenz der Kantonsregierungen
SAV	Schweizerischer Arbeitgeberverband
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband
SNB	Schweizerische Nationalbank
SNF	Schweizerischer Nationalfonds
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SVP	Schweizerische Volkspartei
NGO	Non-governmental Organization / Nichtregierungsorganisation
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
UNIA	Gewerkschaft
UVEK	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
VDK	Kantonale Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz
WBF	Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

1 Einleitung und Fragestellung

„Wer regiert die Schweiz“, so betitelte Hans Tschäni seine Studie (1983), die viel Aufsehen erregte. Darin kritisierte er die wirtschaftlichen Kartelle, die Selbstaufsicht der Banken und die Verflechtung des Staates mit den Verbänden. Tschäni beschrieb, wer mit welchem Auftrag im Parlament politisierte und wie die „Fitzokratie“ demokratische Prozesse unterließ (Mäder et al. 2010). Dadurch lässt sich durchaus die Wahrnehmung der damaligen breiten Öffentlichkeit begründen, welche besagt, dass bis Anfang der 2000er Jahre eine Handvoll einflussreicher Personen, wie dies beispielsweise Ulrich Bremi (FDP-Nationalrat 1975-1991 und VR-Präsident verschiedenster Unternehmen in der Schweiz (NZZ, SwissRE, Georg Fischer AG)) oder Peter Spälti (FDP-Nationalrat 1983-1991 und Mitglied des Verwaltungsrats der Credit Suisse) es waren, den politischen Entscheidungsprozess im Schweizer Parlament massgeblich beeinflusst haben. Es wird dabei von der Annahme ausgegangen, dass diese sogenannten „big linkers“ wichtige Entscheide bereits zu Beginn des parlamentarischen Entscheidungsprozesses vorgespurt und eingefädelt haben, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie neben dem parlamentarischen Mandat auch über exzellente Kontakte in die Schweizer Wirtschaft verfügten und meist auch eine hohe Funktion in der Armee ausübten. Vor kurzem haben nun Daum et al. (2014) das Thema erneut aufgegriffen und unter demselben Titel und analog zu Tschänis Studie (1983) den Versuch unternommen, auf die oben erwähnte Frage eine Antwort zu finden. Zudem widmen sich verschiedene politikwissenschaftliche Studien ebenfalls der Thematik. So sind beispielsweise Pascal Sciarini und seine Mitarbeiter (Sciarini 2013, Fischer et al. 2009, Fischer 2005, Fischer 2012) der Frage nachgegangen, wie sich die schweizerische Konsensdemokratie auf der Ebene der konkreten Entscheidungen seit den 1970er Jahren verändert hat (vgl. Vatter 2014: 534). Im Fokus des Interesses steht damit vor allem das Verhalten der politischen Elite der Schweiz. Das Ziel dieser Studie liegt somit darin, dem Leser einen aktualisierten Blick auf die Ausgestaltung des Einflussgefüges innerhalb der politischen Elite der Schweiz auf den Entscheidungsprozess in Bezug wirtschaftspolitische Geschäfte auf der Bundesebene zu ermöglichen. Zudem soll der Frage nachgegangen werden, ob es im Schweizer Parlament heute noch sogenannte „big linkers“ gibt.

Davon ausgehend können die zentralen Forschungsfragen wie folgt formuliert werden:

- Wer sind die am politischen Entscheidungsprozess insgesamt beteiligten relevanten Akteure? Und inwiefern unterscheiden sich diese von den in den 1970er Jahren relevanten Akteuren?
- Inwiefern kann eine Veränderung resp. eine Machtverschiebung im politischen Entscheidungsprozess im Schweizer Parlament festgestellt werden?
- Wie kommen politische Entscheidungen im Vergleich zu früher (1970er Jahre) im Schweizer Parlament zu Stande?
- Gibt es im Schweizer Parlament heute noch die „big linkers? Wenn nein, worin liegen mögliche Erklärungsfaktoren für deren Verschwinden?

Die Studie ist dabei wie folgt aufgebaut: Ein erstes Kapitel widmet sich der Ausgangslage resp. den Veränderungen, denen das politische System der Schweiz in den letzten Dekaden unterworfen war. In einem nächsten Kapitel wird der Forschungsstand zur Thematik erläutert und damit auf die wegweisenden Studien näher eingegangen. Darauf folgt die Beschreibung des methodischen Vorgehens sowie nachfolgend die Auswertung resp. die Analyse der im Rahmen dieser Studie durchgeführten Experteninterviews. Abgeschlossen wird diese Studie durch eine qualitative Verortung der Studienresultate in die bestehende Forschung.

2 Ausgangslage

Mit Blick auf das politische System der Schweiz stellt Vatter (2014: 528) fest, dass für den politischen Wandel der letzten zwanzig Jahren vor allem die einschneidenden Veränderungen in der Parteienlandschaft von herausragender Bedeutung sind. Veränderungen, die ihren Ausdruck im Siegeszug der Schweizerischen Volkspartei (SVP) bei den Parlamentswahlen seit Beginn der 1990er Jahre gefunden haben. Die massive Stärkung des rechtskonservativen Lagers einerseits und die vorübergehenden Gewinne der rot-grünen Parteien andererseits haben denn auch zu einer *verstärkten Polarisierung* und zunehmenden Instabilität des schweizerischen Parteiensystems geführt. Diese Entwicklung fand 2003 ihre Fortsetzung mit einem Sitzverlust der Christlich-demokratischen Volkspartei (CVP) im Bundesrat. Damit wurde nicht nur die über 40-jährige „Zauberformel“ als Inbegriff der schweizerischen politischen Stabilität beendet, sondern innerhalb des Bundesrates auch die politische Mitte als „Scharnier der Konkordanz“ geschwächt (Batt 2005: 349). Dies führte zu einer Stärkung der linken und rechten Pole innerhalb der Exekutive, weshalb breite Kreise in der Öffentlichkeit von einer Krise des schweizerischen Konkordanzsystems sprachen (Hermann 2011). Nebst der verstärkten Polarisierung des schweizerischen Parteiensystems nennen Sciarini (2013), Fischer (2012) und Fischer et al. (2009) zusätzliche Faktoren, die seit den 1980er Jahren das politische System der Schweiz vermutlich nachhaltig verändert haben. In diesem Zusammenhang erwähnenswert sind die fortschreitende Europäisierung, ein im Kontext der Globalisierung stattfindender verstärkter internationaler wirtschaftlicher Wettbewerb, eine zunehmende Mediatisierung sowie institutionelle resp. administrative Parlamentsreformen.¹ Diese – für die Schweiz – markanten Veränderungen führen zur Frage, ob und inwiefern sich die Veränderungen im politischen System der Schweiz der letzten Dekaden auf die Entscheidungsstrukturen sowie auf die am politischen Entscheidungsprozessen beteiligten Akteure ausgewirkt haben. Darüber hinaus interessiert, ob und inwiefern sich deren Einfluss auf die Entscheidungsfindung im Schweizer Parlament verändert hat.

¹ Die einzelnen Faktoren werden im Rahmen des Kapitels zum Forschungsstand detailliert erläutert.

3 Forschungsstand

Nachdem sich nun die vorgängigen Ausführungen kurz mit dem Wandel der schweizerischen Demokratie allgemein beschäftigt haben, liegt der Fokus in einem nächsten Schritt bei den Veränderungen der politischen Entscheidungsprozesse und den dazugehörigen Macht-, Kooperations- und Konfliktstrukturen der politischen Akteure, um den stattgefundenen Wandel in seiner gesamten Komplexität zu erfassen. Eine erste wegweisende Studie zum Thema verfasste Kriesi (1980). Ziel des Projektes war die Analyse politischer Entscheidungsprozesse im vorparlamentarischen Bereich auf Bundesebene in der Schweiz. Neben dem Ablauf von Entscheidungsprozessen sollte vor allem auch der Klärung von Einflussstrukturen grosse Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Analyse der Gestaltung politischer Entscheidungsprozesse setzte zum einen bei der politischen Elite an. Die politische Elite besteht aus jenen individuellen Akteuren, die zentrale politische Entscheidungen in massgeblicher Weise beeinflussen. Die Charakterisierung der Zusammensetzung und die Analyse der Einfluss-, Beteiligungs-, Interessen- und Beziehungsstruktur dieser politischen Elite ermöglichte eine erste Antwort auf die Frage nach den politischen Entscheidungsstrukturen in der Schweiz. Weiter wurde davon ausgegangen, dass diese individuellen Entscheidungsträger als Repräsentanten von organisationellen Einheiten auftreten. Die Identifikation dieser organisationellen Einheiten bildete eine zweite Grundlage für das Verständnis von politischen Entscheidungsprozessen. Für die Untersuchung wurden insgesamt 13 der wichtigsten politischen Sachgeschäfte der Legislaturperiode 1971 bis 1976² berücksichtigt. Für die organisationellen Einheiten im politischen System der Schweiz stellt Kriesi (1980: 376) für die Analyseperiode abschliessend fest, dass ein äusserst einflussreicher Kern von Akteuren von einem Kranz von weniger bedeutender Akteuren umgeben ist. Diese Akteure stehen wiederum einer Mehrzahl von Akteuren gegenüber, die sich zwar an den Entscheidungsprozessen beteiligen, aber keinen nennenswerten Einfluss ausüben können. Zwischen den einflussreichsten Akteuren im Kern besteht eine Art „Arbeitsteilung“, indem die Spitzenverbände der Wirtschaft die zentralen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammen mit ihren Gesprächspartnern in der Verwaltung in entscheidendem Masse prägen, während der Bundesrat die Aufgabe der Vermittlung zwischen den verschiedenen Interessen übernimmt, worin er durch die Bundesverwaltung und durch die Bundesratsparteien unterstützt wird. Ferner kommt Kriesi (1980) zum Schluss, dass Kantone und kleine Parteien sowie untergeordnete Verbände durch ihre relative Bedeutungslosigkeit auffallen. Obwohl das System gesamthaft gesehen als hoch integriert bezeichnet werden kann, nehmen sie auch in der kooperativen Struktur eher Randstellungen ein. Anhand der detaillier-

² Einbezogen wurden: Raumplanungsgesetz; Dringlicher Bundesbeschluss zur Raumplanung vom März 1972; Abkommen Schweiz – EWG; Dringlicher Geld- und Kreditbeschluss vom Dezember 1972; Konjunkturartikel von 1975; Neukonzeption der Arbeitslosenversicherung; Dringlicher Bundesbeschluss zur Arbeitslosenversicherung; 8. AHV-Revision; Mitbestimmungsinitiative; Finanzpaket 1974; Finanzpaket 1975; 3. Überfremdungsinitiative; Krankenversicherungsinitiative und Neuordnung der Krankenversicherung.

ten integrativen Struktur des politischen Systems der Schweiz leitet Kriesi (1980) ab, dass die einzelnen Sub-Systeme sehr stark miteinander verflochten sind, was zu einer Auflösung der Grenzen zwischen öffentlichen und privatem Bereich und insbesondere auch zu einer gegenseitigen Durchdringung von Parteien- und Verbandssystem führt. Die zentralste Stellung in der integrativen Struktur nehmen der Bundesrat und die wichtigsten Bundesämter ein. Auch die relevante politische Linke – Gewerkschaften und Sozialdemokraten – sieht Kriesi (1980) ins System eingebunden. Diese nimmt ihren Platz sowohl im Kern der Einflussstrukturen als auch im Zentrum der integrativen Struktur ein. Dennoch ist die Stellung der politischen Linken in dreierlei Hinsicht verschieden: 1) Zahlenmässig befinden sich die Repräsentanten der politischen Linken gegenüber den bürgerlichen Mandatsträgern in der Minderheit. Damit kann das Gewicht der bürgerlichen Akteure insgesamt als wesentlich grösser bezeichnet werden, als dasjenige der Vertreter der Linken. 2) konzentriert sich der Einfluss der linken Akteure vor allem auf das Gebiet der Sozialpolitik, während die Interessen der Bürgerlichen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik ganz allgemein dominieren. 3) gehört die politische Linke zwar zum integrativen Zentrum, dennoch steht sie den Aussenseitern im System wesentlich näher als die Vertreter des Kapitals und den Bürgerlichen ganz allgemein. Das System der Akteure trägt deutlich den Stempel der kapitalisierten Gesellschaft, das es repräsentiert. Zudem bezeichnet es Kriesi (1980: 377) als korporatistisch. So werde es vom Verbandssystem dominiert, das nicht nur quantitativ am stärksten vertreten sei, sondern auch in den Spitzenverbänden die einflussreichsten Akteure überhaupt stelle. Der gesamthaft gesehen hohe Integrationsgrad und die starke gegenseitige Durchdringung zwischen Verbandssystem und Verwaltung einerseits sowie zwischen Verbands- und Parteiensystem andererseits decke sich weiter mit den Verhältnissen in einem korporatistischen System. Auch die Rolle des Bundesrats als Vermittler passe in dieses Bild, so Kriesi (1980).

Fischer et al. (2009), Fischer (2012) sowie Sciarini (2013) untersuchten im Rahmen eines vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützten Forschungsprojekts³ die Entscheidungsstrukturen in der Schweizer Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts (2001-2006). In diversen Publikationen sollten die Erkenntnisse über die Entscheidungsstrukturen in der Schweizer Politik, welche zu einem grossen Teil auf dem Werk von Kriesi (1980) beruhen, aktualisiert und damit diverse Forschungslücken in der existierenden Literatur geschlossen werden. Wie bereits erwähnt, stellen die Autoren fest, dass sich die Schweizer Politik seit den 1970er Jahren und damit seit Kriesis Analyse (1980) verändert hat. Nebst der gestiegenen Polarisierung zwischen den politischen Lagern identifizieren sie weitere mögliche Faktoren, die den politischen Entscheidungsprozess wesentlich zu beeinflussen vermögen und unter Umständen neue Konfliktlinien entstehen lassen: die fortschreitende Europäisierung, ein im Kontext der Globalisierung stattfindender verstärkter internationaler wirtschaftlicher

³ „The Swiss decision-making system in the 21. Century: power, institutions, conflicts“ (SNF-Projekt Nummer 100012-113964) unter der Leitung von Prof. Pascal Sciarini von der Universität Genf.

Wettbewerb, eine zunehmende Mediatisierung sowie institutionelle resp. administrative Parlamentsreformen.

Europäisierung

Obwohl die Schweiz nicht Mitglied der Europäischen Union (EU) ist, wird sie durch die Entscheide, die auf diesem Level getroffen werden, stark beeinflusst (Mach et al. 2003, Sciarini et al. 2004). Sciarini et al. (2004) zeigen auf, dass sich die Europäisierung nicht nur auf einzelne Politikbereiche auswirkt, sondern, dass auch Institutionen und Akteure des politischen Entscheidungsprozesses davon beeinflusst werden. Fischer et al. (2009) leiten daraus ab, dass staatliche Akteure durch die Europäisierung gestärkt werden, da diese direkt in internationale Verhandlungen involviert sind. Dagegen kommt es zu einer Einflussminderung auf Seiten der inländischen Interessenvertretungen, die vormals die vorparlamentarische Phase eines Entscheidungsprozesses massgeblich geprägt haben. Grundsätzlich, so Fischer et al. (2009), schmälert die internationale Arena den Aktionsradius eines nationalen Parlaments.

Verstärkter internationaler wirtschaftlicher Wettbewerb

Zur Blütezeit des Korporatismus, war der politische Entscheidungsprozess in der Schweiz durch eine konsensbasierte Lösungsorientiertheit unter den beteiligten Akteuren (v.a. Verbände, politische Parteien) geprägt (Kriesi 1980, 1998, Lijphart 2012). Der durch die Globalisierung hervorgerufene verstärkte, internationale und marktwirtschaftlich orientierte Wettbewerb schlug sich zusehends auch im politischen Entscheidungsprozess nieder, indem dieser bisherige Konfliktlinien verschärfte und neue schuf. So beispielsweise zwischen dem linken und rechten politischen Spektrum v.a. hinsichtlich der Offenheits vs. Geschlossenheits-Dimension gegenüber dem Ausland oder zwischen exportorientierten und hauptsächlich im Binnenmarkt tätigen Unternehmen. Zudem stellen Fischer et al. (2009) fest, dass sich die Globalisierung auch auf die Verteilung der Einflussstärke innerhalb der inländischen Interessenvertretungen ausgewirkt hat.

Mediatisierung

Politische Akteure konkurrieren seit je her über unterschiedliche Medien (TV, Radio, Printmedien, Social Media etc.) miteinander um die Aufmerksamkeit und Unterstützung der Wählerschaft resp. der Öffentlichkeit für ihre politischen Anliegen. Jedoch stehen die Medien unter einem wirtschaftlichen Druck, der sie dazu tendieren lässt, nur noch kommerziell interessante Nachrichten auch zu publizieren (Fischer et al. 2009). Diese Tendenz hat insofern einen gewichtigen Einfluss auf den parlamentarischen Entscheidungsprozess, als das eine politische Indiskretion gegenüber einem gut recherchierten Primeur vorgezogen wird. Allgemeiner formuliert heisst das, dass eine verstärkte Mediatisierung dazu führen kann, dass auf dem Korporatismus basierende, vertrauensvoll geführte Verhandlungen hinter verschlossenen Türen zwischen den Sozialpartnern gerade im vorparlamentarischen Prozess zunehmend schwieriger werden und so die beteiligten Akteure früh im politischen

Entscheidungsprozess konkrete politische Positionen beziehen müssen (vgl. Häusermann et al. 2004).

Institutionelle und administrative parlamentarische Reformen

Sowohl das Schweizer Parlament als auch die öffentliche Verwaltung haben in den letzten 20 Jahren tiefgreifende Reformen erlebt. Die Reform des Parlamentsgesetzes in den frühen 1990er Jahren hatte explizit zum Ziel den Einfluss des Schweizer Parlaments im politischen Entscheidungsprozess zu stärken (Fischer et al. 2009). So wurde durch die Reform die Anzahl ständiger parlamentarischer Kommissionen erhöht, während gleichzeitig die Anzahl der Ad-hoc-Kommissionen reduziert wurde. Bezweckt wurde damit ein Wissensgewinn der Parlamentarier gegenüber dem in der Verwaltung und in den Interessenvertretungen vorhandenen Expertenwissen. D.h. Parlamentarier sollten sich durch die Kommissionsarbeit ein spezifisches Fachwissen aneignen können und damit unabhängiger vom Expertenwissen der Verwaltung und der Verbände werden. Angestrebt wurde damit auch eine Einflussminderung der Interessensgruppen auf den parlamentarischen Entscheidungsprozess insgesamt. (vgl. Fischer et al. 2009).

Nebst der Lokalisation der Veränderungen im politischen System der Schweiz untersucht Sciarini (2013) die elf wichtigsten politischen Entscheidungsprozesse von 2001 bis 2006 und gleicht seine Befunde mit denjenigen von Kriesi (1980) ab.⁴ Während in der Studie von Kriesi (1980) nur eine einzige Vorlage die schweizerische Europapolitik betraf, steht fast die Hälfte der bedeutendsten Entscheidungen der neuesten Zeit in Bezug zur EU (bilaterale Abkommen) oder tangieren internationale Geschäfte, was die stark zunehmende Europäisierung der schweizerischen Politik auch gemäss Vatter (2014) abermals verdeutlicht. Mit Blick auf die einzelnen Entscheidungsphasen kommt Sciarini (2013) zum Schluss, dass die Bedeutung der vorparlamentarischen Phase seit den 1970er Jahren deutlich abgenommen hat, während der parlamentarische Prozess insgesamt an Relevanz gewonnen hat.⁵ Allerdings gilt es zu differenzieren: Im vorparlamentarischen Verfahren haben vor allem die beiden korporatistisch ausgerichteten Verhandlungsarenen, die Vernehmlassung und die Expertenkommissionen, an Gewicht eingebüsst, während zusätzliche Konsultationen der Kantone sowie internationale Verhandlungen stark an Bedeutung zugelegt haben. Letzteres spiegelt sich denn auch in der parlamentarischen Phase wieder. Während sowohl Parlamentskommissionen als auch das Plenum bei innenpolitischen Prozessen als doppelt so

⁴ Die Auswahl der elf wichtigsten Entscheidungsprozesse der Schweizer Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts beruht auf einer schriftlichen Befragung von 80 Experten, welche die Bedeutung von rund 350 Entscheidungsfällen zu beurteilen hatten. Daraufhin wurden von Sciarini und seinem Team 322 semistrukturierte Interviews mit 245 Repräsentanten von 114 kollektiven Akteuren durchgeführt, die an diesen Prozessen teilgenommen hatten.

⁵ Nachdem der spezifische Ablauf für jeden Entscheidungsprozess und 15-20 Phasen pro Prozess identifiziert wurden, legten die Interviewpartner die drei wichtigsten Phasen für einen bestimmten Prozess fest. Diese Resultate wurden daraufhin, gewichtet nach Anzahl der Interviews pro Prozess und kollektivem Akteur, aggregiert.

wichtig wie in den 1970er Jahren eingeschätzt werden, trifft dies auf diejenigen Entscheidungsprozesse, welche das Verhältnis zum Ausland betreffen, nicht zu. Wie auch Vatter (2014) feststellt, geht damit in der Schweiz die Internationalisierung der Politik mit einer Schwächung der Legislative bei aussenpolitischen Prozessen einher. Gemäss Sciarini (2013) und Fischer et al. (2009) weisen die politischen Machtstrukturen in der Schweiz seit den 1970er Jahren insgesamt eine relativ hohe Stabilität auf: 12 von 16 Akteuren, die zum Kern der politischen Machtelite gehören, sind dieselben geblieben. Hingegen hat sich die Bedeutung einzelner Akteursgruppen parallel zum neuen Stellenwert der einzelnen Entscheidungsphasen verändert.⁶ In den 1970er Jahren standen noch die Spitzenverbände der Wirtschaft an erster Stelle, während heute die Regierungsparteien als am mächtigsten gelten. Einzig Economiesuisse wurde gemäss Fischer (2012) und Sciarini (2013) für die Periode von 2001 bis 2006 derselbe grosse Einfluss wie den Regierungsparteien zugeschrieben, wobei laut Vatter (2014) die verbandsinternen Probleme sowie die überraschend deutlichen Abstimmungsniederlagen der jüngsten Zeit darauf hindeuten, dass der Dachverband der Schweizer Wirtschaft ähnlich wie schon die stärker binnenmarktorientierten Verbände an Einfluss verloren hat. Zudem stellt Vatter (2014) fest, dass bei den Parteien die veränderten Machtpositionen durch die vergangenen Wahlerfolge wieder gegeben werden. Während die SVP in den 1970er Jahren noch nicht zum engeren Machtzirkel zählte, wird sie für die Analyseperiode von 2001 bis 2006 sogar als der wichtigste Akteur der schweizerischen Politik betrachtet und nimmt damit die frühere Position der einst dominierenden FDP ein.⁷ Gleichzeitig hat gemäss Vatter (2014) die SPS trotz Wählerverlusten ihren Einfluss erhöht und auch die FDP und CVP spielen aufgrund ihrer Medianposition weiterhin eine wichtige, wenn auch weniger bedeutsame Rolle. Alle Autoren kommen zum Schluss, dass ebenso der Bundesrat nach wie vor über eine bedeutende Stellung verfügt, die durch die noch einmal gestärkte Bundesverwaltung untermauert wird. So handelt es sich bei einem Drittel der sehr einflussreichen Akteure um Bundesbehörden, vornehmlich Departemente. Zudem fällt der gestiegene Einfluss der Kantone mit dem Einzug von zwei interkantonalen Konferenzen in das politische Machtzentrum auf (Vatter 2014).

Abschliessend im vorliegenden Kontext zu erwähnen, gilt es die Analyse von Daum, Pöhner und Teuwsen (2014) die in Tschäni (1983) publizistische Fussstapfen traten und aus der journalistischen Fragestellung „Wer regiert die Schweiz“ ein Buchprojekt entwickelten.⁸

⁶ Zur Erfassung der Reputationsmacht eines Akteurs haben die Interviewten aus 191 Akteuren diejenigen identifiziert, die zwischen 2001 und 2006 sehr viel Einfluss in den Entscheidungsprozessen ausgeübt haben. Daraufhin wurde für jeden Akteur die Stärke der ihm zugeschriebenen Macht berechnet. Diejenigen, die von mehr als 50 % der Interviewten als einflussreich betrachtet wurden, gehören hier zum inneren Machtkern.

⁷ Sciarini (2013) weist allerdings darauf hin, dass die SVP den Spitzenplatz nur bei einer gesamthaften Messung der Reputationsmacht über alle elf Entscheidungsprozesse einnimmt, hingegen nicht, wenn die elf Fälle einzeln betrachtet werden.

⁸ Neue Zürcher Zeitung vom 16.09.2014, „Wer regiert die Schweiz? Stochern im eidgenössischen Filz.“ Online im Internet: <http://www.nzz.ch/schweiz/politische-literatur/stochern-im-eidgenoessischen-filz-1.18384115>, [Stand: 02.10.2014].

Ihrer Analyse über das heute in der Schweiz vorherrschende Machtgeflecht legen die Autoren die These zugrunde, dass der alte Filz zerrieben sei. Gleich zu Beginn des Buches, so Longchamp (2014)⁹, machen die Autoren klar, dass die Unternehmensführer von heute keinen Block mehr bilden, die Wirtschaftselite gestrandet sei, dass also Tschäni (1983) These antiquiert ist. Longchamp formuliert diese zentrale Feststellung der Autoren salopp: Die Schweiz AG ist am Ende, es lebt die Schweiz des Volkes. Die Antwort auf die übergeordnete Fragestellung suchen die Autoren in ihrer Analyse in unterschiedlichste Richtungen: bei den Parteien, den Parlamenten und Regierungen auf Bundes- und Kantonsebene, bei den neuen Interessensvertretern und Lobbys und bei der Verwaltung. Aber auch die Frauen, die Medien, das Ausland oder Ergebnisse von Volksabstimmungen dienen den Autoren als Untersuchungsobjekte, die zur Beantwortung der Hauptfrage herangezogen werden. So wird der Wirkungsgrad der am politischen Wettbewerb teilhabenden Kräfte analysiert, aber die Frage, wer die Schweiz heute tatsächlich regiert, bleibt bei ihnen offen.

⁹ Zoon Politicon vom 07.09.2014, „Vom Filz zum Flipperkasten. Meine Buchkritik zu ‚Wer regiert die Schweiz?‘“. Online im Internet: <http://www.zoonpoliticon.ch/blog/20226/vom-filz-zum-flipperkasten-meine-buchkritik-zu-wer-regiert-die-schweiz/>, [Stand: 02.10.2014].

4 Methodisches Vorgehen

Das empirische Vorgehen zur Beantwortung der Forschungsfragen erfolgt im Rahmen dieser Kurzstudie in mehreren Arbeitsschritten: Einerseits werden die Forschungsfragen anhand der bisherigen Forschung zum Thema bearbeitet und insbesondere für das Politikfeld der Wirtschaftspolitik beantwortet. Andererseits und basierend auf leitfadengestützte Experteninterviews, wird zudem eine Aktualisierung der bis zu diesem Zeitpunkt publizierten Forschung zur Thematik angestrebt. Die Erhebung stützt sich damit auf verschiedene schriftliche und mündliche Quellen.

Insgesamt wurden innerhalb von sechs Wochen (September – Oktober 2014) 12 Experteninterviews mit involvierten Akteur/innen und Expert/innen geführt.¹⁰ Ausserdem wurde eine schriftliche Stellungnahme für die Analyse mit berücksichtigt. Die Identifizierung der zu befragenden Elite folgte der Methode des Reputationsansatzes (Drewe 1974). Dabei basiert die Auswahl der Interviewpartner auf vorgängigen, mit dem Auftraggeber geführten Gesprächen sowie auf Ranglisten der einflussreichsten Akteure aus Politik und Wirtschaft, die Printmedien veröffentlicht und zugänglich gemacht haben.¹¹ Zudem wurden zur Eingrenzung der Auswahl der Akteure und Experten öffentlich zugängliche Dokumente zu vergangenen wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen auf der Bundesebene, wie z.B. Vernehmlassungsprotokolle, konsultiert. Der Interview-Leitfaden für die Expertenbefragung sowie dazugehörige Materialien wie Akteurslisten wurden der Autorin dieser Studie freundlicherweise von der Forschungsgruppe rund um Pascal Sciarini zur Verfügung gestellt. Der zur Verfügung gestellte Interview-Leitfaden wurde in dem vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützten Projekt „The Swiss decision-making system in the 21. Century: power, institutions, conflicts“ (SNF-Projektnummer 100012-113964) bereits verwendet. Aufgrund der so erlangten grossen Validität des Fragebogens, wurde für die vorliegende Studie auf die Entwicklung eines neuen Befragungsinstrumentes verzichtet. Der bestehende Fragebogen wurde lediglich um eine Frage zu der These der „big linkers“ erweitert sowie um den Fokus auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse im Schweizer Parlament ergänzt. Der Fragebogen ist in verschiedene Kapitel gegliedert und umfasst Fragen zu den Bereichen: Ablauf eines wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesses, beteiligte Akteure / Organisationen, Öffentlichkeitsarbeit der Akteure / Organisationen, Art der Entscheidungsfindung, Personen und zur These über das Verschwinden der „big linkers“. Zudem beurteilten die befragten Experten anhand von unterschiedlichen Akteurslisten den Ein-

¹⁰ Die Interviews dauerten durchschnittlich 61 Minuten und wurden an den von den Experten vorgeschlagenen Örtlichkeiten durchgeführt.

¹¹ Bspw. Erhebung der Sonntags-Zeitung zu den einflussreichsten Politikern im Oktober 2013. Zugänglich im Internet unter http://www.sonntagszeitung.ch/fileadmin/user_upload/bilder/2013/42/01.Gesamtrang.pdf [Stand: 30.5.2014].

fluss bestimmter an wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen beteiligten Akteuren, Organisationen und Personen.

Dieses methodische Vorgehen gewährleistet eine Vergleichbarkeit der Befunde dieser Studie mit denen, im Kapitel zum Forschungsstand bereits erläuterten Studien von Kriesi (1980), Fischer (2012) und Sciarini (2013). Allerdings muss an dieser Stelle einschränkend erwähnt werden, dass in Bezug auf die Vergleichbarkeit mit vorangegangenen Analysen zu keinem Zeitpunkt der Anspruch auf eine vollständige Erhebung und Nachvollziehbarkeit gerade auch hinsichtlich statistischer Auswertungen erhoben wurde. Begründet wird dies einerseits mit der beschränkten Anzahl befragter Akteure, den beschränkten finanziellen Ressourcen sowie andererseits mit dem zeitlichen Rahmen, die für die vorliegende Analyse zur Verfügung standen. Zudem fokussiert sich die vorliegende Kurzstudie ausschliesslich auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse. Dennoch ermöglicht die gewählte Untersuchungsanordnung qualitative Trendaussagen mit Fokus auf die Kernfaktoren zu formulieren und damit die Forschungsfragen hinreichend zu beantworten.

Das folgende Kapitel widmet sich nun den Befunden, die sich aus der Expertenbefragung ergeben haben und stellt diese in Kontext zu den im Kapitel zum Forschungsstand erläuterten Studien zum Thema.

5 Befunde aus der Expertenbefragung

5.1 Bedeutung der einzelnen Entscheidungsphasen

Grundsätzlich wurde in der Befragung nach der Bedeutung von drei übergeordneten Entscheidungsphasen (vorparlamentarische Phase, parlamentarische Phase, Referendumsphase) sowie nach vier Subphasen innerhalb der übergeordneten Entscheidungsetappen differenziert und gefragt. Bei den Subphasen innerhalb der vorparlamentarischen Beratung wurde zwischen einer informellen Phase noch vor einer allfälligen Botschaft des Bundesrates und dem Vernehmlassungsverfahren unterschieden. Bei der parlamentarischen Phase konnten die befragten Experten ihre Beurteilung zur Bedeutung der Kommissions- resp. der Plenumsphase abgeben. Abschliessend wurde gemäss der Chronologie des parlamentarischen Entscheidungsprozesses nach der Bedeutung der Referendumsphase gefragt.

Nach Einschätzung der Experten kommt der vorparlamentarischen Phase, insbesondere dem Vernehmlassungsverfahren, insgesamt eine bedeutendere Rolle zu, als der parlamentarischen Phase. Wobei es anzumerken gilt, dass die Phase in der eine Vorlage in den parlamentarischen Kommissionen behandelt wird, als praktisch ebenso zentral wie das Vernehmlassungsverfahren eingeschätzt wurde. Insbesondere die Arbeit, die innerhalb der Subkommissionen geleistet wird, wurde als bedeutend für den weiteren Verlauf eines wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesses eingeschätzt. Der überwiegende Teil der Experten bewerteten im Vergleich mit den anderen Entscheidungsphasen überdies die Plenumsphase als diejenige Phase mit der geringsten Bedeutung. „Die Meinungen [zu einer be-

stimmten Vorlage] im Plenum zu korrigieren ist schwer“ meinte ein befragter Experte. Für rund einen Drittel der befragten Akteure ist sogar die Referendumsphase wichtiger als die Phase, in der eine Vorlage im Plenum behandelt wird.

Der Befund für die ersten beiden Entscheidungsphasen deckt sich teilweise mit den Ergebnissen der Studien von Kriesi (1980) und Sciarini (2013). Gemäss Vatter (2014: 539) lässt sich anhand der erwähnten Studien ein gewisser Wandel bei der Bedeutung der Entscheidungsphasen feststellen. So nimmt die Bedeutung der vorparlamentarischen Phase gegenüber der parlamentarischen Phase über die Zeit tendenziell eher ab. Eine Beurteilung, die anhand der im Rahmen dieser Analyse durchgeführten Befragungen nicht abschliessend nachvollzogen werden kann.

5.2 Der Einfluss von Akteuren auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse

Anhand einer Liste von Akteuren, die diejenigen wie Bundesstellen, Parteien, Verbände und Organisationen umfasst, die bei der Ausarbeitung von wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen üblicherweise eine massgebliche Rolle gespielt haben, legten die befragten Experten deren Einfluss fest. Dabei wurde zwischen einflusslosen, einflussreichen und sehr einflussreichen Akteuren differenziert.

Als mit Abstand einflussreichster Akteur auf Bundesebene im Bereich der Wirtschaftspolitik kann gemäss der Einschätzung der Experten der Bundesrat bezeichnet werden. Ebenfalls als recht einflussreich in wirtschaftspolitischen Belangen bezeichnen die Experten das EFD, das WBF sowie das SECO. Einen gewissen Einfluss auf den parlamentarischen Entscheidungsprozess bei wirtschaftspolitischen Vorlagen üben gemäss den Experten zudem das UVEK, die EFV sowie die SNB aus. Einschränkend muss allerdings erwähnt werden, dass der Einfluss der Departemente und Bundesämter jeweils abhängig ist vom jeweiligen Thema der zu behandelnden Vorlage.¹²

Als einflussreichster Akteur auf der Kantonsebene in wirtschaftspolitischen Belangen bezeichnen die Experten die VDK. Ebenfalls als einflussreich, aber mit geringerer Ausprägung, zeigen sich nach Einschätzung der Experten die KdK sowie die FDK. Im Vergleich mit den Akteuren auf der Bundesebene verfügen kantonale Akteure gemäss den Experten aber über weniger Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse.

Insgesamt schätzen die Experten den Einfluss der Parteien, insbesondere der wählerstärksten Parteien, als hoch ein. Dies auch im Vergleich mit den zuvor erwähnten Akteursgruppen. Nur dem Bundesrat als Gremium wird durch die Experten noch ein höherer Einfluss

¹² Bei der Erarbeitung der Vernehmlassung kommt den Bundesämtern als Informationslieferant eine wichtige Rolle zu.

auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse zugeschrieben. Als aufschlussreich bezeichnet werden darf der Befund, dass den Polparteien SVP und SPS den grösseren Einfluss in wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen durch die Experten zugeschrieben wird als den traditionell wirtschaftsfreundlichen Mitteparteien wie der FDP und der CVP. Auch wenn der Unterschied zwischen diesen Parteien nur sehr marginal ist. Eine bedeutende Rolle, gerade im Bezug auf den Einfluss der traditionell wirtschaftsfreundlichen Mitteparteien und hinsichtlich „unheiliger Allianzen“, kommt anscheinend der GPS zu. Die Experten schätzen sie als recht einflussreich ein. Praktisch keinen Einfluss wird den kleineren und neuen Parteien wie der GLP oder der BDP durch die Experten zugeschrieben.

Über einen nach wie vor grossen Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse verfügt laut den Experten Economiesuisse, der Dachverband der Schweizer Wirtschaft. Allerdings muss dieser Befund in Zusammenhang mit der Frage nach dem Verschwinden der „big linkers“ gesehen werden. Obwohl gemäss den Experten der Dachverband der Schweizer Wirtschaft nach wie vor einen beträchtlichen Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse im Schweizer Parlament ausübt, scheint er nicht mehr in der Lage zu sein, die Interessen der Gesamtwirtschaft in der Schweiz zufriedenstellend vertreten zu können. Gerade im Bereich der innovationsgeprägten Energiebranche scheint nach Einschätzung der Experten der Einfluss von Economiesuisse zu schwinden. Zusätzlich verfügen laut den Experten die Verbände SGV, SAV sowie die schweizerische Bankiervereinigung über einen gewissen Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse im Schweizer Parlament. Ebenfalls erwähnenswert scheint, dass nebst den traditionellen wirtschaftsfreundlichen Verbänden neu auch der Verband der Pharmaindustrie (Interpharma) durch die Experten als bedingt einflussreich bezeichnet wird. Insgesamt und im Vergleich mit den anderen Akteursgruppen können die Verbände als mitunter gleich einflussreich wie die wählerstärksten Parteien bezeichnet werden.

Eine bedeutende Rolle in wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen kommt laut den Einschätzungen externen Experten wie beispielsweise Beratungsunternehmen aber auch Einzelpersonen mit Expertenwissen zu. Sie werden mitunter benötigt, um komplexe Zusammenhänge für die unterschiedlichen Akteursgruppen aufzubereiten sowie Information zu den Vorlagen den am politischen Entscheidungsprozess Beteiligten zugänglich zu machen. Insgesamt und im Vergleich zu den anderen Akteursgruppen schätzen die Experten den Einfluss von NGO's und anderen Organisationen an wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen jedoch als eher gering ein.

Die Einbettung dieser Befunde in Bezug auf die vorgängigen Studien von Kriesi (1980) und Sciarini (2013) stellt nachfolgend Tabelle 1 dar. Diese zeigt den den politischen Akteuren zugeschriebenen Einfluss im Wandel. Allerdings lässt sich aufgrund der Anzahl geführter Experteninterviews nur die qualitative Entwicklung über die Zeit veranschaulichen. Zusätzlich gilt es bei der Betrachtung der Ergebnisse zu beachten, dass sich die Aussagen der befragten Experten zu den unterschiedlichen Akteuren *ausschliesslich auf deren Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse* bezogen haben. Damit kann auch die für bestimmte

Akteure beträchtliche Differenz zu den Befunden der Studien von Kriesi (1980) und Sciarini (2013) begründet werden. Weiter hatten die befragten Experten im Rahmen dieser Studie die Möglichkeit zwischen sehr einflussreichen und einflussreichen Akteuren zu differenzieren. Basierend auf dieser Vorgehensweise war *eine exaktere Beurteilung des Einflusses einzelner Akteure auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse* möglich, wie sie den zuvor gemachten Erläuterungen zu entnehmen ist. Dagegen beschränken sich die Untersuchungen für die Analyseperioden von 1971-1976 und 2001-2006 sowie der eigens erhobene Trend 2014 in Tabelle 1 *ausschliesslich auf die als „sehr einflussreich“ bezeichneten Akteure.*

Tabelle 1: Zugeschriebener Einfluss politische Akteure bzgl. wirtschaftspolit. Entscheidungsprozesse

Akteur	1971-1976 (in %)	2001-2006 (in %)	Trend 2014
Schweizerische Volkspartei	(39)	92	↘
Economiesuisse	91	88	=
Bundesrat	84	87	↗
Sozialdemokratische Partei	72	82	↘
Freisinnig-Demokratische Partei	73	77	↗
Christlich-Demokratische Volkspartei	74	77	↗
Schweizerischer Gewerkschaftsbund	92	76	↘
Eidg. Finanzdepartement	57	74	↗
Konferenz der kt. Finanzdirektoren	(33)	63	↘
Schweizerischer Gewerbeverband	87	61	=
Konferenz der Kantonsregierungen	-	60	↘
Eidg. Justiz- und Polizeidepartement	(41)	56	↗
ED für Umwelt, Verkehr, Energie u. Kommunikation	(25)	56	=
ED für Wirtschaft, Bildung u. Forschung	63	55	=
Staatssek. für Wirtschaft (BAWI u. BIGA)*	55	54	=
Schweizerischer Arbeitgeberverband	54	54	=
ED des Innern	(47)	54	↘
Schweizerischer Bauernverband	81	(47)	↗
Schweizerische Nationalbank	64	(33)	=
Santésuisse (Krankenkassenverband)	56	-	-
Eidg. Finanzverwaltung	51	(47)	=
Schweizerische Bankiervereinigung	-	-	↗

Externe Experten	-	-	↗
Interpharma	-	-	↗
Stiftung für Konsumentenschutz	-	-	↗
N	238	216	12

Anmerkungen: ED=Eidgenössisches Departement; Staatssek.=Staatssekretariat. Die Spalten geben den Prozentanteil der Interviewpartner wieder, die den entsprechenden Akteur als „sehr einflussreich“ bezeichnet haben. Die Zahlen in Klammern geben diejenigen Akteure an, die nicht zum Kern des politischen Entscheidungssystems zählen. *: In den 1970er Jahren waren das Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI) und das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BI-GA) zwei separate Ämter.

Aufgrund der beschränkten Anzahl befragter Experten werden für 2014 keine Zahlen, sondern ein Trend ausgewiesen. Dieser zeigt an, ob ein tendenzieller Einflusszuwachs resp. -verlust nach 2006 stattgefunden hat: Pfeil nach oben: starker Einflusszuwachs; Pfeil nach unten: starker Einflussverlust; Pfeil ansteigend resp. abfallend: moderater Einflusszuwachs (-verlust); =: stabil.

Quellen: Sciarini (2013) für die Periode 2001-2006 und Kriesi (1980: 316) für die Periode 1971-1976 sowie eigene Erhebung.

Im nächsten Unterkapitel werden die Ergebnisse aus der Expertenbefragung zum Einfluss von Einzelpersonen auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse präsentiert.

5.3 Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse auf der Individualebene

Ebenfalls anhand einer Liste wurde versucht eine Gruppe derjenigen Personen zusammenzustellen, die ein wichtiges politisches Amt inne hatten oder haben und / oder ganz allgemein bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen eine wichtige Rolle gespielt haben oder immer noch spielen. Die Experten wurden wiederum anhand einer Liste gebeten, diejenigen Personen zu bestimmen, die im Bezug auf wirtschaftspolitische Entscheidungen als sehr einflussreich eingeschätzt werden.

Wendet man sich also der Individualebene zu, so fällt auf, dass die befragten Experten gewissen Persönlichkeiten mehr Einfluss in wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen zuschreiben als anderen. In diesem Zusammenhang erwähnt werden auf der Ebene des Bundesrates die Bundesrätinnen Doris Leuthard (UVEK, CVP) und Eveline Widmer-Schlumpf (EFD, BDP). Bei der Bundesverwaltung sind an dieser Stelle der Direktor der eidgenössischen Finanzverwaltung Serge Gaillard sowie die Staatssekretärin und Direktorin des SECO Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch häufig genannt worden.

Auf der Ebene der Kantone wurde von den Experten in Bezug auf den Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse häufig der Präsident der kantonalen Finanzdirektorenkonferenz und Zuger Finanzdirektor Peter Hegglin (CVP) erwähnt. Dieser Befund zeigt sich als stimmig in Bezug auf den geschätzten Einfluss der kantonalen Finanzdirektorenkonferenz als Akteur insgesamt.

Auch bezüglich des Einflusses der Vertreter der Parteien im Schweizer Parlament auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse nahmen die befragten Experten Stellung. Nach der Auswertung der Befragung kann festgehalten werden, dass in diesem Zusammenhang

besonders häufig der Präsident der SP Schweiz und Freiburger Ständerat Christian Levrat, die St. Galler FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter, der Freiburger CVP-Ständerat Urs Schwaller sowie Alt-Bundesrat resp. Alt-Nationalrat der Zürcher SVP Christoph Blocher erwähnt wurden. Ebenfalls einen gewissen Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse im Schweizer Parlament wurde durch die Experten der Basel-städtischen SPS-Ständerätin Anita Fetz, dem Zürcher FDP-Nationalrat Ruedi Noser, dem Solothurner CVP-Ständerat Pirmin Bischof sowie dem Präsident der CVP Schweiz und Walliser Nationalrat Christophe Darbellay zugesprochen. Auffallend an dieser Einschätzung der Experten sind zwei Faktoren: Erstens bekleiden die gemäss der Einschätzung der Experten in wirtschaftspolitischen Belangen einflussreichsten Parlamentarier mehrheitlich das Amt eines Ständerates. Zweitens üben die erwähnten Parlamentarier zum Erhebungszeitpunkt ihr Mandat mind. zehn Jahre¹³ oder länger aus. Weiter scheint sich der Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse praktisch gleichmässig auf alle im Bundesrat vertretenen Parteien zu verteilen.

Der Interpretation der Individualebene auf Stufe der Verbände muss vorausgeschickt werden, dass gewisse Verbandsvertreter zusätzlich ein politisches Mandat im Schweizer Parlament ausüben. Zu diesen Exponenten zählen auch Personen, die von den befragten Experten häufig als einflussreich im Bezug auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse bezeichnet wurden. So zum Beispiel der Freiburger SVP-Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands Jean-François Rime oder der St. Galler SPS-Ständerat und Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes Paul Rechsteiner sowie der Berner SPS-Nationalrat und Mitglied der Geschäftsleitung der UNIA Corrado Pardini. Darüber hinaus zählten die befragten Experten jedoch auch sogenannte reine Verbandsvertreter zu in wirtschaftspolitischen Belangen einflussreichen Personen. In diesem Zusammenhang insbesondere häufig erwähnt wurden der Präsident sowie die Direktorin von Economiesuisse Heinz Karrer und Monika Rühl. Insgesamt betrachtet, verteilen sich die durch die befragten Experten als einflussreich in wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen im Schweizer Parlament bezeichneten Persönlichkeiten relativ ausgewogen auf alle am politischen Entscheidungsprozess beteiligten Akteure.

Nachdem sich die Analyse in einem ersten Schritt mit der Bedeutung der einzelnen Entscheidungsphasen in wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen und dem Einfluss von Akteuren, Organisationen und Einzelpersonen auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse fokussiert hat, widmet sich die Studie in einem zweiten Schritt weiteren, im Hinblick auf die politische Entscheidungsfindung im Schweizer Parlament relevanten Faktoren wie beispielsweise der Öffentlichkeitsarbeit.

¹³ Ausnahme: Pirmin Bischof, der sein Amt als Ständerat 2011 antrat, zuvor aber bereits vier Jahre (2007-2011) als Nationalrat amtierte sowie Corrado Pardini, der seit 2011 im Nationalrat sitzt.

5.4 Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Durchsetzung von Interessen kommt der Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Rolle zu. Es wurde zwischen drei Kategorien von Möglichkeiten, mit der Öffentlichkeit üblicherweise zu kommunizieren, differenziert.

1. Interviews mit den Medien, Pressekonferenzen oder Pressemitteilungen.
2. Anzeigenkampagnen in Zeitungen, Plakatkampagnen, Verteilen oder Versenden von Werbung oder Flyern.
3. Demonstrationen, Streik oder andere aussergewöhnliche Aktionen.

Die befragten Experten wurden gebeten, für ihre Organisation eine Einschätzung hinsichtlich der von ihnen bevorzugten Kommunikationsinstrumente abzugeben.

Im Bezug auf die Art, wie mit der Öffentlichkeit kommuniziert wird, geben die befragten Experten an, dass ihre Organisationen besonders häufig das Instrument der Interviews mit Medien resp. Pressekonferenzen oder Pressemitteilungen einsetzen. Weniger häufig zur Anwendung kommen hingegen Anzeigenkampagnen in Zeitungen, Plakatkampagnen oder das Verteilen oder Versenden von Flyern. Dieser Befund ist auch vor dem Hintergrund der zum Teil eingeschränkten finanziellen aber auch personellen Möglichkeiten der an der Studie beteiligten Organisationen zu sehen. Sehr selten greifen die Organisationen der befragten Experten auf Instrumente wie Demonstrationen, Streiks oder aussergewöhnliche Massnahmen zurück, um die Öffentlichkeit für ihre Anliegen zu sensibilisieren. Diesbezüglich wurde betont, dass falls mit einer aussergewöhnlichen Aktion versucht wurde, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein bestimmtes Anliegen zu lenken, grössten Wert auf eine korrekte Durchführung gelegt wurde, resp. es sich dabei mehrheitlich um einen symbolischen Akt handelte.

Wird der direkte Zugang zum politischen Entscheidungsprozess der Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich der Wirksamkeit gegenübergestellt, sind die Mehrheit der befragten Experten der Auffassung, dass beide Arten der Beteiligung am politischen Entscheidungsprozess gleich wichtig resp. gleich wirkungsvoll sind. Dennoch weisen einige befragte Experten darauf hin, dass bezüglich der Wirksamkeit differenziert werden muss. So wird die Wahl der Art der Beteiligung am politischen Prozess als von dem zu behandelnden Geschäft abhängig bezeichnet. Es gilt dabei auch den geeigneten Zeitpunkt sowie den richtigen „Ort“ im Auge zu behalten.

5.5 Beschreibung der Entscheidungsfindung

Der nächste Frageblock widmete sich den Eigenschaften der Entscheidungsfindung. Dabei wurden die befragten Experten aufgefordert, wirtschaftspolitische Geschäfte als Gesamtpaket, also die Vorlagen wie sie im Parlament verabschiedet wurden, im Bezug auf zwei Aspekte zu charakterisieren: 1) die Art der Entscheidungsfindung: Dabei sollte beurteilt werden, wo wirtschaftspolitische Entscheidungen des Schweizer Parlaments einzuordnen

sind, wenn die eine Seite ein ausgewogener Kompromiss, der möglichst alle Interessen berücksichtigt, darstellt sowie die andere Seite eine reine Mehrheitslösung, in der die Interessen nur einseitig beachtet werden, bezeichnet. 2) Der Innovationsgehalt einer Vorlage: Hierbei sollten wirtschaftspolitische Entscheidungen dahingegen beurteilt werden, ob sie näher am Status Quo liegen oder insgesamt eine grösstmögliche Veränderung beinhalten.

Bezüglich der Art Entscheidungsfindung aber auch hinsichtlich des Innovationsgehalts einer verabschiedeten Vorlage kommen die befragten Experten zu keinem eindeutigen Schluss. So berücksichtigen die verabschiedeten wirtschaftspolitischen Geschäfte einerseits relativ viele unterschiedliche Interessen, dennoch manifestiert sich andererseits keine eindeutige Tendenz zur Kompromisslösung resp. zu einer reinen Mehrheitsentscheidung. Die Einschätzungen der Experten divergieren entsprechend auch: so wird einerseits betont, dass „niemand das alleinige Sagen“ hat sowie dass „das [Schweizer] System nach einem Kompromiss verlangt“. Andererseits wird angemerkt, dass sowohl linke als auch bürgerliche Interessen bei der Entscheidungsfindung zu wenig berücksichtigt werden, dies vor allem auch vor dem Hintergrund der Bildung von „unheiligen Allianzen“. Der vorgängig erwähnte Befund gilt ebenfalls für den Innovationsgehalt der verabschiedeten wirtschaftspolitischen Geschäfte. Verhältnismässig häufig in Bezug auf den Innovationsgehalt wird durch die Experten der in wirtschaftspolitischen Belangen beschränkte Handlungsspielraum des Schweizer Parlaments erwähnt. Damit bewegen sich die verabschiedeten Vorlagen „in der Regel nahe am Status Quo, [allerdings] mit einer zunehmenden Veränderungsbereitschaft“. Der beschränkte Handlungsspielraum ergibt sich laut mehreren Experten aus der Internationalisierung resp. Europäisierung. So stellen die verabschiedeten Vorlagen gemäss einer Aussage „Kompromisse mit der Weltgesellschaft dar“.

Ein letzte Frage im Rahmen der Expertenbefragung beschäftigte sich mit der These der verschwundenen „big linkers“ im Schweizer Parlament, die im nächsten Unterkapitel näher erläutert wird.

5.6 „Big linkers“

Die befragten Experten wurden mit der These konfrontiert, dass es in früheren Jahren (1970er -/ 1980er-Jahren) sehr einflussreiche Parlamentarier gab, die nebst ihrem Legislativamt zugleich eine oder mehrere wichtige Positionen resp. Funktionen bei Unternehmen der Schweizer Wirtschaft bekleideten und dadurch die wirtschaftspolitischen Geschicke der Schweiz direkt beeinflussen konnten. Die postulierte These besagt, dass diese sogenannten „big linkers“ seit der Jahrtausendwende nicht mehr im Schweizer Parlament vertreten sind. Entsprechend kann davon ausgegangen werden, dass die Interessenvertretung der Wirtschaft im Schweizer Parlament insgesamt abgenommen hat. Die Experten wurden diesbezüglich um ihre Einschätzung gebeten.

Der überwiegende Teil der befragten Experten unterstützt die These der verschwundenen „big linkers“. Es wird allerdings angemerkt, dass diese These insbesondere für die Indivi-

dualebene, also für die am politischen Entscheidungsprozess direkt beteiligten Personen gilt und nicht in Bezug auf die Vertretung der Wirtschaft im Parlament insgesamt.

Von den durch die Literatur postulierten möglichen Ursachen für das Verschwinden der „big linkers“ beurteilen die befragten Experten vier (von acht zur Verfügung stehenden Auswahlmöglichkeiten)¹⁴ als mehr oder weniger zentral. So wird beispielsweise der Ressourcenmangel, insbesondere in Form von Zeit, häufig erwähnt. Dieser Befund wurde von den befragten Experten jedoch mehrfach im Zusammenhang mit den anderen erwähnten möglichen Ursachen genannt. So zum Beispiel im Zusammenhang mit der zunehmenden Internationalisierung und Europäisierung des Marktes. Beides hat zur Folge, dass die Wirtschaftselite aufgrund der gesteigerten Anforderungen im internationalisierten Markt nicht mehr in der Lage ist, ein politisches Mandat zu übernehmen. So wird nach Einschätzung der Experten diesbezüglich auch nach Aufwand und Ertrag eines politischen Mandats abgewogen. Hinzu kommt, dass ein politisches Mandat weniger hoch vergütet wird, als beispielsweise eine hohe Position in einem Unternehmen. Weiter fehlt es nach Einschätzung der Experten der heutigen Wirtschaftselite an der Verankerung im politischen System der Schweiz. Dies oftmals auch deswegen, weil die relevanten Positionen in Unternehmen durch ausländische Fachkräfte besetzt werden: "Die Wirtschaftsführer von heute sind in einer anderen Peergroup verankert als früher". Eine wichtige Rolle spielt laut den befragten Experten auch die fortschreitende Mediatisierung. So müssen potentielle Mandatsträger damit rechnen, dass ihre Privatsphäre durch die Medien in die Öffentlichkeit getragen wird. Viele befragte Experten gehen davon aus, dass bei Wirtschaftsführern auch diesbezüglich ein Abwägen zwischen der beruflichen Aufgabe und der Übernahme eines parlamentarischen Mandats erfolgt: "Wieso soll man sich das antun?".

Neben den durch die Literatur bereits erläuterten möglichen Ursachen für das Verschwinden der „big linkers“ wurden weitere, vielfältige Gründe durch die befragten Experten ins Feld geführt. Nachfolgend werden diese in zusammengefasster Form erläutert. Darüber hinaus wird auch den Einschätzungen derjenigen Experten Beachtung geschenkt, die der zuvor erwähnten These der „big linkers“ nicht zugestimmt haben sowie deren Begründung für diese Einschätzung dargelegt.

Eine zentrale Ursache für das Verschwinden von „big linkers“ im Schweizer Parlament sehen die befragten Experten vor allem in der fehlenden Glaubwürdigkeit des Unternehmertums. Dieser Aspekt vereint zwei Perspektiven: einerseits wird die fehlende Glaubwürdigkeit des Unternehmertums mit der Finanzkrise und dem damit einhergehenden Imageverlust auf Seiten der grossen Schweizer Unternehmen begründet (Swissair Grounding, Bankenkrise). Andererseits stellen die befragten Experten fest, dass beispielsweise selbstän-

¹⁴ Folgende Möglichkeiten hinsichtlich der Ursachen für das Verschwinden der „big linker“ standen den befragten Experten zur Auswahl: Fortschreitende Globalisierung, Internationalisierung, Europäisierung, Professionalisierung, Polarisierung, Komplexität, fehlender Wille zum politischen Engagement, Ressourcenmangel.

dig Erwerbende, die dem Unternehmertum zu einer neuen Glaubwürdigkeit verhelfen könnten, aufgrund des Milizsystems im Schweizer Parlament fehlen. In diesem Zusammenhang spielen wiederum die Ressourcen (Zeit, finanzielle Mittel, berufliche Belastung) eine wesentliche Rolle, so wird beispielsweise erwähnt, dass „die Infrastruktur für die Parlamentarier zu schmal sei“.

Weiter wird das Verschwinden der „big linkers“ damit erklärt, dass die Aggregation der wirtschaftlichen Interessen abgenommen hat und nicht mehr klar erkennbar ist. Grundsätzlich sei „nicht das Fehlen der Figuren ein Problem, sondern das System“, das eine viel stärkere Segmentierung der Interessenvertretung mit sich bringt. Es wird diesbezüglich bemängelt, dass durch die einzelnen Akteure nicht mehr gesamtwirtschaftliche Interessen in einem wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozess abgebildet werden. Konkret bedeutet dies, dass früher die Interessen der gesamten schweizerischen Wirtschaft durch die Dachverbände vertreten wurden, während heute primär eine partikulare Interessenvertretung im Vordergrund steht, wie dies beispielsweise durch grosse Unternehmen aus der Nahrungsmittel- oder Pharmaindustrie aber auch durch die Grossbanken praktiziert wird. Insgesamt wurden laut den befragten Experten die partikularen Interessen der einzelnen Branchen (z.B. Energiesektor) wichtiger. In der Bündelung der vielfältigen Interessen aller Branchen, insbesondere im Bereich der Innovation, identifizieren die Experten für die Dachverbände eine grosse zukünftige Herausforderung.

Obwohl die These der verschwundenen „big linkers“ von drei Vierteln der Befragten bestätigt wurde, gab immerhin ein Viertel der Experten an, die durch die These postulierte Einschätzung nicht zu teilen. Begründet wurde die Ablehnung der These damit, dass es beispielsweise durchaus Personen gäbe, die themenspezifisch in der Lage wären, die Rolle eines „big linkers“ übernehmen zu können. In diesem Zusammenhang wurden namentlich der St. Galler SPS-Ständerat und Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes Paul Rechsteiner, der Berner SPS-Nationalrat und Geschäftsleitungsmitglied der UNIA Corrado Pardini oder aber auch der Zürcher FDP-Nationalrat und Unternehmer Ruedi Noser sowie der mittlerweile zurückgetretene Thurgauer SVP-Nationalrat Peter Spuhler erwähnt. Auffallend hierbei ist, dass sowohl Paul Rechsteiner, Ruedi Noser als auch Corrado Pardini zuvor als einflussreiche Persönlichkeiten in wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen identifiziert wurden. Weiter wird argumentiert, dass die Wirtschaft durch Führungspersönlichkeiten aus der Wirtschafts- und Verbandswelt nach wie vor sehr stark im Parlament vertreten sei: „Es gibt Vorlagen, bei denen alte Seilschaften nach wie vor funktioniert haben“, aber auch, dass es eine „Zeiterscheinung ist, dass man Unternehmer nicht mehr als Unternehmer wahrnimmt“, weil sie beispielsweise in wenig bekannten Branchen tätig seien.

6 Fazit

Mit Blick auf die einzelnen Entscheidungsphasen innerhalb eines Entscheidungsprozesses kommt Sciarini (2013) zum Schluss, dass die Bedeutung der vorparlamentarischen Etappe seit den 1970er Jahren deutlich abgenommen hat, während die parlamentarische Phase generell an Einfluss gewonnen hat (vgl. hierzu auch Vatter 2014). Ein Ergebnis, das durch die vorliegende Untersuchung nicht abschliessend gestützt wird: „Die Positionen in der parlamentarischen Phase sind bezogen [...], sie werden hier noch gerechtfertigt, aber nicht mehr verschoben“. Vermutlich hängt diese Einschätzung jedoch auch mit dem untersuchten Politikfeld zusammen, da frühe korporatistische Arrangements für wirtschaftspolitische Entscheide typisch sind (Vatter 2014). Doch auch Sciarini (2013) weist darauf hin, dass es innerhalb der übergeordneten Etappen im parlamentarischen Prozess zu differenzieren gilt. Diese Feststellung deckt sich mit den Ergebnissen dieser Studie. So wurde einerseits innerhalb der vorparlamentarischen Phase dem Vernehmlassungsverfahren sowie andererseits in der parlamentarischen Phase der Etappe, in der eine Vorlage in den parlamentarischen Kommissionen behandelt wird, eine bedeutende Rolle durch die befragten Experten zugeschrieben. Denn in beiden Phasen sind die Positionen noch nicht abschliessend bezogen und können unter Umständen noch beeinflusst werden.

Vergleicht man den Einfluss der Akteursgruppen auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse kann festgehalten werden, dass der Bundesrat als kollektives Organ als der mit Abstand einflussreichste Akteur bezeichnet wird. Mitunter nahezu den gleichen Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungen üben gemäss den Experten die grössten Verbände (v.a. Economiesuisse) sowie die wählerstärksten Parteien aus. Beide Ergebnisse stehen im Einklang mit der Studie von Sciarini (2013), wie aus Tabelle 1 teilweise ersichtlich wird. Allerdings gilt es auch hier vor allem mit Blick auf die Dachverbände zu differenzieren. Diese stehen laut den Experten vor der Herausforderung, die gesamtwirtschaftlichen Interessen nach wie vor adäquat vertreten zu können. Gelingt ihnen dies nicht, droht ein Verlust an Einfluss im politischen Entscheidungsprozess aufgrund einer verstärkten Vertretung partikularer Interessen. Ebenfalls einen nicht zu unterschätzenden Einfluss sprechen die Befragten externen Experten zu, die häufig als Informationslieferanten im parlamentarischen Entscheidungsprozess genutzt werden. Eine weniger bedeutende Rolle in wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen spielen die Kantone sowie NGO's und andere Organisationen. Wobei häufig angemerkt wurde, dass „die Kantone, mehr machen könnten“ sowie, dass sich das Engagement der Kantone vielfach auf die wirtschaftlich starken Kantone, wie Genf, Basel-Stadt und Zürich beschränkt.

Die Untersuchung zeigt überdies, dass gewissen Persönlichkeiten in wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen durch die befragten Experten mehr Einfluss zugewiesen wird, als anderen. Auffallend diesbezüglich ist, dass es sich bei den häufig erwähnten Persönlichkeiten mehrheitlich um Ständeräte handelt sowie um Parlamentarier, die schon mindestens

zwei Amtsperioden im Amt sind. Darüber hinaus verteilen sie sich über das gesamte politische Spektrum.

Einen Schwerpunkt setzte die Untersuchung auf die Analyse der These der „big linkers“. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen auf, dass von den Experten mehrheitlich davon ausgegangen wird, dass die „big linkers“ aus sehr vielfältigen Gründen im Schweizer Parlament kaum mehr vertreten sind. Begründet wird das Verschwinden der „big linkers“ insbesondere durch einen Ressourcenmangel in Form von Zeit, welcher nicht zuletzt auf die Internationalisierung resp. Europäisierung der Wirtschaft zurückzuführen ist und im Kontext des Milizsystems gesehen werden muss. Zudem führt vor allem die fortschreitende Internationalisierung dazu, dass die Wirtschaftselite nicht mehr im politischen System der Schweiz verankert ist. Als äusserst zentral beurteilen die befragten Experten in Bezug auf das Verschwinden der „big linkers“ die mangelnde Glaubwürdigkeit des Unternehmertums. Weiter führen die Befragten an, dass es bezüglich der Vertretung wirtschaftlicher Interessen verstärkt zu einer Segmentierung gekommen ist, sodass heute Partikularinteressen vermehrt direkt im Parlament vertreten werden. Diese Entwicklung stellt nicht zuletzt für die grossen Dachverbände, welche die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz vertreten sollten, eine neue und ernstzunehmende Herausforderung dar. Doch wurde auch gegen die These argumentiert, indem angemerkt wurde, dass „alte Seilschaften nach wie vor funktionieren“ würden und es durchaus Persönlichkeiten gäbe, die in der Lage wären, die Rolle eines „big linkers“ übernehmen zu können.

Abschliessend kann im Sinne einer qualitativen Einschätzung festgehalten werden, dass seit der Studie von Sciarini (2013) bezüglich der Bedeutung der Entscheidungsphasen und dem Einfluss bestimmter, am politischen Entscheidungsprozess beteiligter Akteure, keine wesentlichen Veränderungen festzustellen sind. Jedoch scheint es im Bereich der Interessenvertretung einen Trend hin zu einer zunehmenden Segmentierung zu geben, sodass in diesem Zusammenhang vor allem die Dachverbände gefordert sind. Weiter sollte in Bezug auf die Vertretung der Interessen der Wirtschaft im Schweizer Parlament insbesondere auf die Glaubwürdigkeit der Vertreter ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

Dokumente und Literatur

- Batt, Helge (2005). Die Transformation der Konkordanzdemokratie: Der Schweizerische Bundesrat nach der Modifikation der Zauberformel. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 15; 345-371.
- Daum, Matthias Pöhner, Ralph und Peer Teuwsen (2014). *Wer regiert die Schweiz? Ein Blick hinter die Kulissen der Macht*. Baden: Hier und jetzt Verlag.
- Drewe, Paul (1974). „Methoden zur Identifizierung von Eliten“ in: Maria Wiken-Mayser und Jürgen von Koolwijk (Hrsg.). *Techniken der empirischen Sozialforschung Bd. 4, Erhebungsmethode; Die Befragung*. München, Oldenburg; 162-179.
- Fischer, Alex (2005). Die Auswirkungen der Internationalisierung und Europäisierung auf Schweizer Entscheidungsprozesse. Institutionen, Kräfteverhältnisse und Akteursstrategien in Bewegung. Zürich/Chur: Verlag Rüegger.
- Fischer, Alex (2014). „Internationalisierung“ in: Peter Knoepfel, Yannis Papadopoulos, Pascal Sciarini, Adrian Vatter und Silja Häusermann (Hrsg.). *Handbuch der Schweizer Politik*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung; 599-620.
- Fischer, Manuel (2012). Entscheidungsstrukturen in der Schweizer Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Zürich/Chur: Rüegger Verlag.
- Fischer, Manuel; Fischer, Alex und Sciarini, Pascal (2009). „Power and Conflict in the Swiss Political Elite: An Aggregation of Existing Network Analyses“. *Swiss Political Science Review*, 15(1); 31-62.
- Freitag, Markus (2014). „Politische Kultur“ in: Peter Knoepfel, Yannis Papadopoulos, Pascal Sciarini, Adrian Vatter und Silja Häusermann (Hrsg.). *Handbuch der Schweizer Politik*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung; 71-94.
- Häusermann, Silja; Mach, André und Yannis Papadopoulos (2004): From Corporatism to Partisan Politics: Social Policy Making under Strain in Switzerland. *Swiss Political Science Review*, 10(2); 33-59.
- Kriesi, Hanspeter (1980). *Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Kriesi, Hanspeter (1998). *Le système politique suisse*. Paris Economica.
- Lijphart, Arend (2012). *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. 2. Aufl., New Haven/London: Yale University Press.
- Mach, André; Häusermann, Silja und Yannis Papadopoulos (2003). Economic Regulatory Reforms in Switzerland: Adjustments without European Integration, or how Rigidities become flexible. *Journal of European Public Policy*, 10(2); 301-318.

- Mäder, Ueli; Aratnam, Ganga J. und Schilliger, Sarah (2010). *Wie Reiche denken und lenken*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Sciarini, Pascal (2013). „Eppure si Muove: The changing Nature of the Swiss Consensus Democracy”. *Journal of European Public Policy*, 21(1); 116-132.
- Sciarini, Pascal; Fischer, Alex und Sarah Nicolet (2004). *How Europe Hits Home: Evidence from the Swiss Case*. *Journal of European Public Policy*, 11(3); 353-378.
- Tschäni, Hans (1983). *Wer regiert die Schweiz? Der Einfluss von Lobby und Verbänden*. Zürich: Orell Füssli.
- Vatter, Adrian (2014). *Das politische System der Schweiz*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Anhang: Liste der befragten Personen

Folgende Experten standen der Untersuchung als InterviewpartnerInnen zur Verfügung:

Name	Funktion(en) während des Untersuchungszeitraumes
Martin Baltisser	Generalsekretär der SVP Schweiz
Christoph Blocher	Alt-Bundesrat und Alt-Nationalrat (SVP) Kanton Zürich
Francis Egger	Schweizer Bauernverband, Leiter Departement Wirtschaft, Bildung und Internationales
Kuno Hämisegger	Mitglied der Geschäftsleitung Swissbanking, Delegierter Public Affairs Schweiz
Anne Koch	Greenpeace Schweiz, Verantwortliche Politik
Werner Messmer	Präsident des schweizerischen Baumeisterverbandes
Roland Näf	Präsident der SP des Kantons Bern
Corrado Pardini	Nationalrat (SPS) Kanton Bern, Mitglied der Geschäftsleitung UNIA
Eric Scheidegger	Stv. Direktor und Leiter der Direktion Wirtschaftspolitik des SECO
Daniela Schneeberger	Nationalrätin (FDP) Kanton Basel-Land, Schweizerischer Gewerbeverband Schweiz, Mitglied der Gewerbekammer (schriftliche Stellungnahme)
Hansueli Schütz	Kaufmännischer Verband Schweiz, Ansprechperson Wirtschafts- und Sozialpolitik
Beatrice Simon	Finanzdirektorin (BDP) Kanton Bern, Mitglied des Vorstandes der Finanzdirektorenkonferenz
Béatrice Wertli	Generalsekretärin der CVP Schweiz